

Nr. 13
1973

Union in Deutschland

Bonn, 28. März 1973

Bundesregierung handelt verantwortungslos

Gegenwärtig kann den Tarifpartnern nach den Tarifabschlüssen der ersten zwei Monate dieses Jahres stabilitätspolitische Verantwortung nicht abgesprochen werden. Lohnsteigerungen von 8 bis 9 % reichen nach Abzug von steigenden Steuern und Sozialbeiträgen unter dem Strich teilweise nur knapp, teilweise schon überhaupt nicht mehr aus, die gestiegenen Preise auszugleichen. Die Geldzuflüsse aus dem Ausland als Folge der jüngsten, durch die Regierungsmaßnahmen nicht verhinderten Währungsspekulationen, haben der Bundesbank eine hinreichende Begrenzung des Geldmengenwachstums unmöglich gemacht. Sie bemüht sich nach Kräften, aber ihr Instrumentarium greift nur teilweise. Mit Recht hat sie deshalb auf die besondere Verantwortung hingewiesen, die in dieser Lage die staatliche Finanzpolitik zu tragen hat. Ihr weist die Bundesbank die Schlüsselrolle bei der Inflationsbekämpfung zu.

Die Bundesregierung hat nach dem Grundgesetz die Zuständigkeit und damit die Verantwortung für die Konjunkturpolitik und für die Dämpfung der Inflation. In ihrer Haushaltspolitik geht sie indessen mit schlechtem Beispiel voran. Im vergangenen Jahr wuchs das Sozialprodukt, das die Leistungen unserer Volkswirtschaft zahlenmäßig ausweist, um 9 % (worin sich allerdings teilweise die Preissteigerungen widerspiegeln; das reale Wachstum ohne Preissteigerungen war nur 3 %); die Bundesausgaben erhöhten sich indessen um annähernd 12 %. Die Bundesausgaben für 1973 sollen nach den bisherigen, noch nicht alle Ausgaberrisiken umfassenden Vorschlägen der Bundesregierung um fast 10 % ansteigen, etwa genauso stark wie das voraussichtliche Wachstum des Sozialprodukts. Diese Steigerungsrate ist gewiß kein Beitrag zur Preisdämpfung. Und die Haushalte vieler Länder gehen darüber noch hinaus, allen voran das Land Nordrhein-Westfalen mit seiner Rekordausgabensteigerung von über 20 %! Angesichts dieses schlechten Beispiels staatlicher Finanzpolitik nimmt es nicht wunder, wenn die Arbeitnehmer zunehmend die Frage stellen, ob sie durch Verzicht auf jeden realen Ein-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ JUNGE UNION

JU-Landesvorsitzender Evertz fordert die CDU/CSU auf, neue Formen für die mündige Gesellschaft von heute und ein Konzept gegen den von den Jusos zur Abschaffung unserer freiheitlichen Ordnung inszenierten Klassenkampf aus dem 19. Jahrhundert zu entwickeln.

Seite 5

■ SPD

Wie weit die SPD bereits jetzt den Boden der freiheitlichen Gesellschaftsordnung verlassen hat, zeigt eine Zusammenstellung verschiedener Entschließungsanträge zum SPD-Parteitag, die bereits den Zustimmungsvermerk des SPD-Vorstandes tragen.

Dokumentation

■ DEUTSCHLAND-POLITIK

Abgeordnete der Opposition werfen der Bundesregierung vor, sich durch ihre Politik der Verschleierung und Beschwichtigung mitschuldig gemacht zu haben an der Vereisung im gesamtdeutschen Klima und der Zerstörung zahlloser Hoffnungen, die sie selber geweckt hatte.

Seite 19

Rentner bis 1981 um 1,3 Millionen geschädigt

Wenn Vorschläge des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung in bezug auf den Bundeszuschuß an die Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung durchgehen, dann schädigt die SPD/FDP-Mehrheit die Rentenversicherungsträger bis 1981 um 1300 Mio. DM.

In den Haushaltsberatungen wurde bekannt, daß der Bundeszuschuß an die Arbeiter- und Angestelltenversicherung von der SPD/FDP im Haushalt für 1973 um 2,5 Mrd. DM gekürzt werden soll. Bundesminister Arendt erklärte vor dem Parlamentariern

im zuständigen Ausschuß, daß nach einem Kabinettsbeschluß der Zuschuß für 8 Jahre den Sozialversicherungsträgern gestundet werde. 1981 würde der Betrag vom Bund dann zu zahlen sein.

Wie in einem normalen Wirtschaftsunternehmen üblich, stellte die CDU/CSU den Antrag, diesen gestundeten Betrag auch zu verzinsen, um den Verlust nicht allzu groß werden zu lassen. Die Vertreter der Regierungskoalition stimmten diesem Antrag nicht zu. So ergibt sich ein Zinsausfall in der weiter oben genannten Höhe. Von der CDU/CSU-Fraktion wird die Meinung vertreten, daß die Nichtverzinsung der gestundeten Bundeszuschüsse ein einmaliger Vorgang sei. Sie sieht sich damit in guter

Gesellschaft mit den Vertretern der Versicherungsträgern, die sagen, hier werde eine unzulässige „Drückerei“ begangen.

SPD-Arbeitnehmer bezeichnen FDP als notwendiges Übel

Für eine „klare politische Abgrenzung“ der SPD gegenüber der FDP sollen die sozialdemokratischen Mitglieder der hessischen Landesregierung, die SPD-Landtagsfraktion und der Landesvorstand der Partei sorgen. Diese Forderung erhob die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen des SPD-Bezirks Hessen-Süd in einer Bezirkskonferenz in Wiesbaden. Es gelte, „die arbeitnehmerfeindliche Haltung der FDP besonders herauszustellen und der Arbeitnehmerschaft bewußt zu machen“. Koalitionen wie sie mit der FDP auch in Hessen bestünden, seien „lediglich ein notwendiges Übel“.

(Fortsetzung von Seite 1)

kommenszuwachs und – zusätzlich – als Hauptleidtragende der erneuten Mineralölsteuererhöhung allein Stabilitätsoffer erbringen sollen.

Der Staat muß wieder zur Tugend äußerster Sparsamkeit zurückfinden. Sonst wird die Inflation noch ungehemmter weiterlaufen. Ich weiß, daß trotz der Steuererhöhungen, trotz der konjunkturpolitisch zu hohen Ausgabensteigerung der Bundeshaushalt 1973 nur dadurch ausgeglichen werden konnte, daß der Bundeszuschuß an die Rentenversicherungen massiv gekürzt und zugleich der Anteil der Ausgaben für Straßen und sonstige öffentliche Einrichtungen, durch die die „Qualität des Lebens“ verbessert werden soll, gesenkt wird. Der Ausgabenzuwachs wird beim Bund dazu gebraucht, um die Folgen der Inflation im Staatshaushalt zu finanzieren.

Die Finanzpolitik der letzten drei Jahre, vor der die CDU/CSU in der Vergangenheit nachhaltig, wenn auch mit geringem Erfolg, gewarnt hat, läßt jetzt nur noch zu, von zwei Übeln das geringere zu wählen. Wenn die Regierung die Staatsausgaben – notfalls unter Inkaufnahme vorübergehender einschneidender Verzichte – nicht noch viel stärker kürzt, werden weiterhin Jahr für Jahr neue Steuererhöhungen beschlossen werden, nicht um die Staatsleistungen zu verbessern, sondern nur um damit immer stärker steigende Preise und Löhne zu bezahlen. Die Regierung mag das „Verbesserung der Lebensqualität“ nennen, in Wahrheit ist es die Kapitulation vor der Inflation.

Heinrich Windelen,
stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Strafantrag gegen „Spiegel“-Redakteur

Der Vorsitzende der Konrad Adenauer Stiftung e. V., Dr. Bruno Heck, hat durch seine Anwälte Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft in Hamburg gegen den „Spiegel“-Redakteur Dr. Werner Funk und Unbekannt wegen übler Nachrede und Verstoßes gegen das Hamburgische Pressegesetz gestellt.

Die Strafanzeige ist wegen eines „Spiegel“-Berichts über die Konrad Adenauer Stiftung erfolgt, in dem ein Bild von Dr. Heck mit Orden und der Unterschrift „Teure Freunde in Südamerika“ veröffentlicht wurde. Im Zusammenhang mit dem Text des Berichts ist durch das Bild mit der Unterschrift der Eindruck

bewirkt worden, als sei Dr. Heck für Entwicklungshilfeprojekte der Konrad Adenauer Stiftung in Südamerika mit einem südamerikanischen Orden belohnt worden. Tatsache ist, daß Dr. Heck keinen südamerikanischen Orden besitzt.

Union will Städten bei der Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft helfen

Bekanntlich hat die Bundesrepublik Deutschland die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 1974 übernommen. Dieses Thema spielte auch bei den Beratungen des BundestagsSportausschusses mit dem Präsidium des Organisationskomitees für die Fußballweltmeisterschaft sowie den Vertretern der beteiligten Städte eine Rolle. Nach dieser Sitzung stellte der Ausschußvorsitzende, der CDU-Abgeordnete Dr. Hans Evers, Freiburg, fest, daß den Städten bei der Finanzierung der heute noch verbleibenden 100 Mio. DM für den Ausbau der Stadien stärker geholfen werden müsse.

Der Abgeordnete vertrat darüber hinaus die Meinung, nun könne der Bund zeigen, wie ernst es ihm mit der finanziellen Förderung des allgemeinen Sportstättenbaus sei. Schließlich diene der Ausbau der Stadien nicht allein der Fußballweltmeisterschaft, sondern mit den erstellten Nebenanlagen vor allem auch dem Breiten- und Freizeitsport. Gerade in diesen Tagen sei eine Untersuchung vorgelegt worden, die deutlich gemacht habe, daß die Städte bereits jetzt über die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten hinaus belastet sind, so daß der Bund endlich handeln müsse.

Die Aussage von Dr. Evers wurde unterstützt von einer Erklärung des Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Sportausschuß, des Abgeordneten Dr. Wolfgang Schäuble, Offenburg. Dieser betonte, die Finanzierung dieses zusätzlichen Aufwandes könne u. a. auch durch die Herausgabe einer 10-DM-Silbermünze gesichert werden. Seine Fraktion würde eine solche Aktion befürworten; sie lasse bereits jetzt die Möglichkeiten einer schnellen Realisierung dieses Vorhabens prüfen. Dr. Schäuble bedauerte, daß SPD und FDP einer Entscheidung über die Restfinanzierung durch einen Antrag auf Vertagung ausgewichen seien. Dadurch ließen sie sowohl die betroffenen Städte, als auch den Deutschen Fußballbund immer noch in Unkenntnis darüber, was denn nun wirklich geschehen werde.

Referentenvermittlung für evangelische Akademien

Eine zentrale Referentenvermittlung für die evangelischen Akademien ist vom Evangeli-

schen Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU eingerichtet worden. Das hat der Vorsitzende des Arbeitskreises, Dr. Gerhard Schröder, allen Direktoren der evangelischen Akademien mitgeteilt. Für diesen „Dienstleistungsservice“ habe sich dem Vernehmen nach mehr als 60 evangelische Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion zur Verfügung gestellt. Durch dieses Angebot können die Akademien für Fachtagungen und Kongresse auf politische Experten zurückgreifen. Eine Ausweitung auf die katholischen Akademien soll in Vorbereitung sein. Der EAK will mit der Vermittlung den Dialog zwischen den Politikern und der Kirche vertiefen.

Zahl der Wehrdienstverweigerer nahm ab

Die Zahl der Wehrdienstverweigerer ist nach Auskunft des Sprechers im Bundesverteidigungsministerium zwischen 1972 und 1973 geringfügig auf etwa 31 000 zurückgegangen, nachdem die Zahl der Wehrdienstverweigerer vorher auf jährlich rund 35 000 angestiegen war.

Berthold Martin, MdB, wurde erneut zum Vorsitzenden der Enquete-Kommission des Bundestages zur Reform der auswärtigen Kulturpolitik gewählt.

Dr. Johann Baptist Rösler, Landtagspräsident in Rheinland-Pfalz, kritisierte das immer mehr um sich greifende Klassendenken in der Bundesrepublik. Bei der Gründung der CDU-Mittelstandsvereinigung Mainz-Bingen erklärte Dr. Rösler, dem Mittelstand in der CDU falle die entscheidende Aufgabe zu, klassenkämpferischen Parolen entgegenzutreten und deutlich zu machen, daß ein gesunder Mittelstand wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch unabdingbares Element der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sei. Der Landesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung Rheinland-Pfalz, **Hansjürgen Doss**, stellte vor der Mitgliederversammlung klar, daß die Mittelstandsvereinigung keine Ständesvertretung sein könne und solle.

Manfred Rommel, Staatssekretär im baden-württembergischen Finanzministerium, Sohn des Generalfeldmarschalls Erwin Rommel, ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Band ausgezeichnet worden.

Gefährliche Folgen der Entspannungseuphorie

Die im Auftrag der Bundesregierung erstellte Studie über „Meinungen und Einstellungen der jungen Generation über Bundeswehr und Wehrdienst“ bestätigt in aller Form die von der CDU und CSU vorgetragenen Befürchtungen. Die von der Bundesregierung und besonders der SPD erzeugte Entspannungseuphorie zeitigt ihre Früchte. Wer fast nur noch von Entspannung und nicht mehr von Bedrohung redet, darf sich nicht wundern, wenn eine immer größere Zahl von Menschen im Volk der Auffassung ist, daß Verteidigung nicht mehr so wichtig ist. Das Ausklammern der Bundeswehr und der Verteidigung aus dem Schulunterricht ist eine der folgenschweren Versäumnisse unseres Staates. Diese Entwicklung kann nicht ernst genug genommen werden. Wenn der wachsenden Abneigung weitere Teile der Jugend gegen Wehrdienst und Bundeswehr nicht endlich durch entschiedeneres Handeln und wirksamere Maßnahmen seitens der Verantwortlichen in Bund und Land entgegengetreten wird, dann schwindet die wichtigste Voraussetzung für die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland: die Bereitschaft der Bürger für den Schutz unseres Staates einzutreten.

Damit ist nicht nur die allgemeine Wehrpflicht, sondern die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik schlechthin in Gefahr. Die seit langem sichtbaren Anzeichen wurden besonders von der Bundesregierung immer wieder bagatellisiert. Diese Taktik des „Nichtwahrhabenwollen“ muß nun ein Ende haben. Wir fordern die Bundesregierung auf:

1. In unverzüglichen Verhandlungen mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, daß die Bemühungen beschleunigt werden, an den Schulen und Lehrerbildungsstätten über den Sinn der Verteidigung und die Aufgaben der Bundeswehr zu informieren. Dies gilt besonders für die sozialdemokratisch regierten Bundesländer, die hier eine unverständliche Zurückhaltung an den Tag legen.

2. Stärker als bisher unter Ausnutzung der Möglichkeiten des Bundespresse- und Informationsamtes über die Kräfteverhältnisse in Ost und West aufzuklären, die militärische Stärke des Warschauer Paktes dazustellen und auf die Gefahren hinzuweisen, die sich aus einer weiteren Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses zugunsten des Ostens ergeben können.

3. Entschiedener den Mitgliedern in der SPD und FDP entgegenzutreten, die draußen an der Basis und an den Schulen nicht nur Illusionen

über die Entspannungspolitik verbreiten, sondern aktiv gegen die Bundeswehr und das Bündnis Front machen. Die jüngsten Beschlüsse der Jusos und eine Reihe von Anträgen für den Parteitag der SPD sind erschreckende Beispiele in dieser Richtung.

Mit Befriedigung ist festzustellen, daß die Studie auch die Auffassung der CDU/CSU bestätigt, wonach eine immer weitergehende Leugnung des spezifisch-militärischen Auftrags der Bundeswehr den Interessen der Bundeswehr nicht dient.

Dr. Manfred Wörner, MdB

Ist die SPD-Welt wieder heil?

Was Lothar Schwartz zum Parteiaustritt der Stamokap-Gruppe zu sagen hatte, war ebenso peinlich wie aufschlußreich. Der stellvertretende Sprecher des SPD-Vorstandes zog – sichtlich erleichtert – die heile SPD-Welt aus dem Hut und meinte, der Auszug der 20 Frankfurter Stamokap-Linken aus der Partei sei „die richtige Konsequenz aus der Erkenntnis, daß es für kommunistische Ideologien und Ziele in der SPD keinen Platz und keine Chance“ gebe. So einfach ist das also. Da kehren – von sich aus, notabene – ein paar radikale Jusos der SPD den Rücken, und schon hat sich für die „Baracke“ in Bonn das ganze Problem der Unterwanderung durch Kommunisten erledigt. Das ist um so bestürzender, als es vor dem Frankfurter Eklat für die Partei dieses Problem offenbar gar nicht gab. Wer auf Juso-Kongressen antidemokratische und kommunistische Theorien und Zielvorstellungen entdeckte und darüber redete, wurde von der SPD-Zentrale in aller Regel der Panikmache geziehen. Kommunisten in der SPD? Pfui, daß man an so etwas überhaupt denken konnte!

Nun haben sich die Stamokap-Sozialisten in Frankfurt ganz offen als Kommunisten ausgewiesen und sind der DKP beigetreten. Andere Gruppen aber wollen in der SPD bleiben. Und in Juso-Kreisen beugt man bereits allen Maßnahmen vor, die, wie es heißt, „Andersdenkende in der Partei diffamieren“ könnten. Die Frage ist also berechtigt, ob die SPD-Welt wirklich so heil ist, wie sie der Vorstandssprecher gestern gezeichnet hat. Fest steht ja doch wohl, daß die Partei es bis zur Stunde nicht fertiggebracht hat, von sich aus die radikalen Linken abzustoßen. Markige Worte allein haben jedenfalls, wie man sieht, keinen Kommunisten daran hindern können, sich der SPD anzudienen. Die Partei wird sich jetzt etwas mehr einfallen lassen müssen als die frisch-fröhlichen Redensarten ihres Sprechers, wenn sie glaubwürdig bleiben will.

Willi Weiskirch

Ringen um die Gestaltung der Zukunft

Einen höchst positiven Akzent hat die Junge Union des Rheinlandes auf ihrer Landestagung in Düren gesetzt. Diesen Eindruck äußerte CDU-Generalsekretär Dr. Konrad Kraske in einem Interview mit dem WDR. Nach Kraskes Worten war die Tagung „progressiv. Die Junge Union hat uns als Partei herausgefordert. Das ist ihre Aufgabe. Aber sie hat es in einer Form getan, insbesondere durch den Bericht des Landesvorsitzenden Evertz, zu dem ich nur sagen kann: Dieser Herausforderung muß sich die CDU stellen. Dies eröffnet einen Dialog zwischen der Partei und der Jungen Union, wie ich ihn mir überall, in allen Landesverbänden nur wünschen kann“. In dieser Rede führte Evertz u. a. aus:

Wer die geistige Führung wiedererlangen will, der muß aufhören, in Strukturen zu denken, über die die gesellschaftliche Entwicklung hinweggegangen ist. Voraussetzung für jedes wirksame politische Tun in der Zukunft ist, die gesellschaftlichen Veränderungen zu begreifen, die unsere Wohlstandsgesellschaft, die mündige Gesellschaft, die emanzipierte Gesellschaft, die Bildungsgesellschaft oder wie immer man dieses neue Gebilde nennen mag, hervorgebracht hat und hervorbringen wird. Wir müssen verstehen lernen, daß sich Politik nicht im Raum der abstrakten Ideenwelt erdenken und gestalten läßt, sondern nur, wenn man die Gesetzmäßigkeiten und Entwicklungstendenzen in Staat und Gesellschaft begreift.

So ist die Forderung nach Mitbestimmung beispielsweise nichts, was der Gesellschaft durch politische Kräfte von außen aufgezwungen würde, sondern ein sich aus dem Entwicklungsstand unseres Gemeinwesens notwendig ergebender Prozeß. Denn mit dem steigenden Bildungsstand, insbesondere bei der jungen Generation, wächst der Grad der Mündigkeit und damit der Anspruch auf Mitsprache und Mitbestimmung. Man kann also nicht so tun, als sei die Forderung nach Mitbestimmung nichts weiter als der unrealistische Ausguß linker Politintellektueller, Politstrategen oder Gewerkschaftsfunktionäre. Nicht dieser oder jener Intellektuelle, diese oder jene Gruppe, sondern die Gesellschaftsstrukturen unserer Zeit erfordern ein Konzept der Mitbestimmung. Deswegen wird nur der in der CDU von geistiger und politischer Führung sprechen dürfen, der dies begreift und konkret sagt, wie er diese Forderung verwirklichen will.

Dabei ist das Entscheidende, daß wir erkennen, daß der Staat und die Gesellschaft der Zukunft nicht nur schöner oder schlechter, sondern daß sie vor allem anders sein werden. Deswegen stellen sich uns die Zukunftsfragen, die unsere Generation bewältigen muß, nicht etwa erneut, sondern sie stellen sich vor allem ganz anders. Und wir haben keine Formulare, die wir nur auszufüllen brauchen, um Antworten zu geben. Denn die Gesellschaft der Zukunft ist mehr noch als die heutige Gesellschaft eine Gesellschaft im Überfluß und dieser Grundtatbestand, auf den sich alle von mir angesprochenen, aber auch andere Probleme zurückführen lassen, entwickelt seine eigenen Gesetze.

Wir müssen in den Zukunftsdimensionen denken lernen. Ist uns allen bewußt, daß zum Beispiel die Rentenberechnungen davon ausgehen, daß im Jahre 2000 das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Arbeitnehmers (nach Preisen von 1970) 65 000 DM betragen soll?

Glaubt jemand im Ernst, eine Gesellschaftsordnung auf dieser ökonomischen Basis entspräche irgendeinem gesellschaftlichen Strukturmodell der Vergangenheit? Wo sind dann die Ausgebeuteten und Abhängigen, von denen die Jusos heute schwärmen? Ist es nicht so, daß diese Ausgebeuteten und Abhängigen nur als Popanze aufgebaut wurden, weil sie benötigt werden, um politische Gedanken aus der Zeit einer Armutsgesellschaft auf unsere Zeit zu übertragen?

Wo aber sind unsere politischen Gedanken für eine Gesellschaft, die sich mehr und mehr aus den ökonomischen Ordnungszwängen löst? Das

entscheidende ist, daß wir erkennen, daß wir mit dem wachsenden Wohlstand Ordnungsstrukturen der Gesellschaft verlieren, die wir bisher unerkannt in unserem Denken stets berücksichtigt haben. Worin besteht denn die Schwierigkeit unserer Partei, unserer Gesellschaft, ja im Grunde aller reichen Industrienationen, daß wir das ökonomische Problem zu lösen beginnen, daß es uns aber nicht gelingt, die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Folgerungen politisch zu gestalten. Hier sind wir aufgerufen.

Wir werden die Probleme nur lösen können, wenn wir begreifen, daß wegen der veränderten ökonomischen Bedingungen grundsätzlich vieles in Gesellschaft und Staat zur gedanklichen Disposition steht und daß es unsere Aufgabe ist, anhand unserer Grundwerte die gesellschaftlichen Grundstrukturen zu definieren und wo nötig, diese Gesellschaft und diesen Staat gegebenenfalls radikal zu verändern. Wir müssen uns bewußt sein, um ein Wort Carlo Schmid's aufzugreifen, daß es in Zukunft darauf ankommt, in einer Gesellschaft, in der vieles machbar geworden ist, vielleicht auch allzu machbar, das Maß des Menschen zu finden.

Wir erwarten von der politischen Führung, daß sie aufhört, im wesentlichen Moderator zwischen den verschiedenen Interessengruppen der Partei zu sein. Wir erwarten von ihr, daß sie sich der Erarbeitung eines politischen Zukunftskonzeptes auch persönlich annimmt und diese bedeutsamste Aufgabe der Parteiführung nicht Expertengremien, die ohne Resonanz bleiben, überläßt. Und wir erwarten ferner, daß die Führung nicht nur die Konzepte erarbeitet, sondern daß sie auch die entsprechenden Positionen bezieht, damit endlich in der Öffentlichkeit deutlich wird, was die Partei will. Nur so kann die Führung unserer Partei und damit die Gesamtpartei ihre politische Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

Im organisatorischen Bereich werden wir Überlegungen anzustellen haben, wie es uns gelingt, in den entscheidenden gesellschaftlichen Gruppen besser vertreten zu sein.

Die CDU programmiert ihren Abstieg, wenn sie sich nicht wieder energisch dem Gedanken der Volkspartei zuwendet, indem sie versucht, ihre Struktur der in den letzten 25 Jahren gewachsenen Gesellschaftsstruktur anzugleichen, um somit soweit wie möglich alle Bevölkerungsgruppen anzusprechen und zu vertreten. Das setzt allerdings voraus, daß man die Interessen dieser Gruppen und ihren inneren Aufbau kennt, das setzt ferner voraus, daß man bereit ist, die Vertreter aller wichtigen Gruppen, für eine Beteiligung und Mitwirkung im politischen Prozeß unserer Partei zu gewinnen.

Ohne einen von der Führung der Partei getragenen energischen Kurswechsel sowohl in der Kandidatenaufstellung als auch in der allgemeinen Parteistrategie gegenüber diesen gesellschaftlichen Gruppen wird sich zumindest in absehbarer Zeit nichts ändern.

Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner

Wir würden einen Fehler machen, wenn wir unsere Aufgabe in den nächsten Jahren allein in der Notwendigkeit der inneren Erneuerung unserer Partei sehen und unsere Rolle in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner vernachlässigen würden. Ich greife dieses Thema aus aktuellem Anlaß auf. Kürzlich wurde in Bad Godesberg der Bundeskongreß der Jungsozialisten abgehalten. Was hat die JU des Rheinlandes zu diesem Bundeskongreß zu sagen?

Für uns sind die Grundforderungen der Jungsozialisten, Verstaatlichung der Produktionsmittel, Planwirtschaft sowie die Abschaffung der repräsentativen Demokratie keine geeigneten Instrumente zur Bewältigung der Zukunftsprobleme unseres Landes. Für uns sind das Wundermittel zur Volksbeglückung aus der Mottenkiste der Politik des 19. Jahrhunderts. Unsere Gesellschaftsentwicklung ist nicht angelegt auf mehr Reglementierung, Bürokratisierung und Reduzierung der Verantwortlichkeit des einzelnen. Vielmehr wird diese Gesellschaft, da sie sich von den ökonomischen Zwängen mehr und mehr lösen kann, die Gesellschaft der Eigenverantwortlichkeit der Person sein können und müssen. Wir wollen nicht verkennen, daß soziale Regulierungsmechanismen in diese Gesellschaft der Freiheit eingebaut werden müssen.

Aber diese Erkenntnis ist für uns nichts Neues. Denn seit der Gründung unserer Partei vertreten wir die Auffassung, daß es gelingen muß, zwischen dem Laisser-Faire-Liberalismus und dem Sozialismus, mit seinen bürokratischen Freiheitsbeschränkungen, einen dritten Weg der gesellschaftlichen Ordnung zu finden.

Um es ganz klar zu machen: Wir sind auch nicht bereit, das prinzipiell notwendige System der Mitbestimmung und Demokratisierung denen in die Hand zu geben, die es gegen unsere freiheitliche Ordnung mißbrauchen wollen.

Wir haben das Signal von Godesberg verstanden. Es wird eine unserer entscheidenden Aufgaben sein, ein Konzept gegen den von den Jusos propagierten gesellschaftlichen Rückschritt zu entwickeln und mit aller Macht an seiner Durchsetzung zu arbeiten.

Vorsicht vor der Fristenlösung

Helga Wex, stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, ist der Ansicht, daß trotz der auf vielen Ebenen geführten Diskussion die Entscheidung der Koalition voreilig gefallen ist. Es ist richtig, daß sich Themen nach jahrelangen Diskussionen verselbständigen und abgeschlossen werden müssen. Doch ist hier geradezu ein klassisches Beispiel dafür gegeben, daß trotz aller Argumentation wichtige Aspekte des Themas eben nicht oder aber zu wenig berücksichtigt worden sind.

Die Entscheidung der Koalitionsfraktionen für die Fristenlösung hat zwei Seiten, denen für die Zukunft unserer gesellschaftspolitischen Entwicklung entscheidende Bedeutung zukommen wird.

Politisch ist dieser Entschluß ein Armutszeugnis für die Bundesregierung. Sie hat die Verantwortung für die Reform des Paragraphen 218 an die Fraktionen abgegeben, nachdem sie zunächst für einen Indikationenkatalog eingetreten war. Der ursprünglich von der Bundesregierung vorgelegte Indikationenkatalog wurde auch dem im Grundgesetz geforderten Schutz des werdenden Lebens gerecht. Als jedoch dieser Katalog durch die Indikation der allgemeinen Notlage verlängert wurde, zeichnete sich eine „Lösung der Bequemlichkeit“ ab.

Die im Strafrechtssonderausschuß des Deutschen Bundestages sachlich und fundiert geführte Diskussion um die Reform des Paragraphen 218 geriet aus den Fugen, je näher die Möglichkeit einer vorgezogenen Neuwahl des Bundestages kam. Das schlechteste, was dieser Diskussion widerfahren konnte, geschah; sie entwickelte sich zum Wahlkampfthema, zu einer Schlacht um die politisch besseren Ausgangspositionen. Die Fristenlösung wurde von einer geschickten Propaganda mit einem Lorbeerkranz des Fortschritts geschmückt und die Vertreter einer sinnvollen Indikationslösung mit dem Etikett der Frauenfeindlichkeit und Rückständigkeit versehen.

Damit wurden viele Abgeordnete der Koalitionsfraktionen zu Gefangenen ihrer eigenen Propaganda. Anstatt der nüchternen Auseinandersetzung siegte das Vorurteil.

Fest blieb im Kabinett eigentlich nur einer: Bundesjustizminister Jahn, den man – wie ich meine zu Unrecht – als „glücklos“ apostrophiert. Er hätte gleich zu den Erfolgreichen gehören können, wenn

er – wie viele andere – seine Meinungs-„Fahne“ in den Wind gehängt hätte. Ihm gebührt Dank für den Versuch, immer wieder auf die Grundsätze, die bei einer Entscheidung um die Reform eine große Rolle spielen müssen hingewiesen zu haben.

Die Mehrheit der Koalitionsfraktionen hat sich für das Prinzip des Stärkeren ausgesprochen. Aus der Vorstellung heraus, die „Emanzipation der Frau“ weiterzuführen, ließ sie nur das Recht desjenigen Lebewesens gelten, das sich artikulieren kann, der Schwächere, das heranwachsende, aber noch nicht geborene Kind, wird beiseite geschoben und übergangen. Mit dem Argument, eine andere Lösung als die Fristenlösung sei einfach nicht praktikabel, wird hier Leben mit zweierlei Maß gemessen.

Eine solche Einschränkung aber widerspricht vor allem auch den Ausführungen des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung, als er eindringlich vom Schutz der Schwachen in dieser Gesellschaft sprach. Wer eigentlich ist in dieser Gesellschaft schwächer als das ungeborene Kind?

Natürlich ist es richtig, wenn die Verfechter der Fristenlösung davon sprechen, hier handele es sich um eine Gewissensentscheidung jeder einzelnen Frau. Aber wer wüßte nicht, daß Frauen gerade in dieser Frage oftmals nach Motiven handeln, die nicht allein rational faßbar sind.

Man darf diese Verantwortung nicht allein den Frauen aufbürden, wenn über die Folgen noch nicht genügend Klarheit besteht. Wenn es stimmt – wie von zwei englischen Wissenschaftlern ermittelt – daß 2 bis 5 Prozent der Frauen nach einer Abtreibung unfruchtbar werden, 30 bis 40 Prozent Fehlgeburten haben, andere Komplikationen sich verdoppeln und die nachfolgenden Babys in größerem Maße geistig und körperlich behindert werden, dann muß es im Interesse unserer Gesellschaft heißen: Vorsicht vor der Fristenlösung.

Bürgerinitiativen – ein Kapital der Demokratie

Dr. Horst Waffenschmidt, MdB, Vorsitzender des Bundesstrukturausschusses der CDU, hält das Bestreben von Gruppen aus unserer Bürgergemeinschaft, zur Verbesserung von Lebensverhältnissen nicht nur Forderungen aufzustellen, sondern Ideen, Kraft und Geld für eigene Initiativen einzusetzen, für ein großes Kapital unserer Demokratie, das anerkannt und genutzt werden sollte.

Diese Bürgerinitiativen müssen unterschieden werden von solchen Gruppenbildungen, die nur aus begrenztem Eigeninteresse oder falschem Lokalpatriotismus handeln. Sie sind Anregung und Herausforderung an alle Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft, insbesondere in unseren politischen Parteien, Parlamenten und Verwaltungen. Ich bin der Ansicht, daß zwar die Anforderungen der Bürger an die Allgemeinheit steigen, daß aber zugleich auch das gesunde Mißtrauen wächst, ob der Staatsapparat die Aufgaben sachgerecht und menschentauglich erfüllt.

Was ist zu tun?

1. Die Information verbessern!

Gerade in den durch die Gebietsreform größer gewordenen Städten und Gemeinden sollte die Möglichkeit einer regelmäßigen Bürgerversammlung oder eines Bürgerforums stärker genutzt werden. Als Abgeordneter und auch als Stadtdirektor habe ich oftmals festgestellt, daß rechtzeitige Information und Diskussion mit dem Bürger über Planungen und öffentliche Aufgaben oft viel effektiver und zeitsparender sind, als erst auf Widersprüche und organisierte Gegenbewegungen zu reagieren.

2. Mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger

Die Möglichkeit, sachkundige Bürger an Ausschußberatungen zu beteiligen, sollte noch mehr als bisher genutzt werden. Parteien können dies tun, indem sie neben Mandatsträgern verstärkt sachkundige Bürger in kommunale Ausschüsse entsenden. Daneben sind meistens noch Möglichkeiten für Ausschußmitglieder mit beratender Stimme gegeben; dies ist auch eine Angebotsmöglichkeit für den, der nicht sofort in einer politischen Fraktion eingeordnet sein will.

3. Bezirks- und Ortschaftsräte

In den größer gewordenen Städten und Gemeinden sollten Bezirksräte oder Ortschaftsräte mehr Mitberatungsrechte im örtlichen Bereich oder in Stadtteilgebieten erhalten. Alle vorhandenen positiven Bürgerinitiativen sind ein wichtiger Impuls für die Landtagsberatungen, die sich mit einem Ausbau der entsprechenden Bestimmungen der Gemeindeordnungen beschäftigen.

4. Chancen für freie Träger!

Für wichtige kulturelle und soziale Einrichtungen, wie z. B. Kindergärten, Fortbildung, Altenbetreuung und Nachbarschaftshilfe, sollte der Staat Privatinitiativen und freie Träger immer wieder anreizen, ein Engagement für die Bürgergemeinschaft vorzunehmen. Dies nicht nur, weil es meistens billiger ist, sondern weil persönliches Engagement für soziale und kulturelle Zwecke im Grunde durch nichts zu ersetzen ist. Hinzu kommt, daß allein die Summe vielfältiger staatlicher und privater Bemühungen garantieren kann, daß das auch wirklich geschieht, was in unserer Gesellschaft an Verbesserungen und Veränderungen notwendig ist.

Positive Bürgerinitiativen sollten somit als ein wesentliches Element zum Ausbau unserer freiheitlichen und sozialen Gesellschaft ernst genommen und der Einsatzwille der Bürger sollte genutzt werden. Andererseits sind positive Bürgerinitiativen aber auch eine klare Absage an alle diejenigen, die allein in der Ausweitung staatlicher Kompetenzen und Planungen den Weg zur Verbesserung von Verhältnissen in unserer Bürgergemeinschaft erblicken. Erneut lehren uns die positiven Bürgerinitiativen mit einer deutlichen Sprache: Soviel Freiheit und persönliche Initiative wie eben möglich und nur soviel Staat wie unbedingt notwendig.

Gebührenerhöhung ist nicht gerechtfertigt

Nach Bundesbahn und Bundespost geraten nunmehr auch die Rundfunk- und Fernsehanstalten immer mehr auf die schiefe Ebene ständiger Gebührenerhöhungen. Albert Leicht, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, untersucht, ob die angekündigte Gebührenerhöhung gerechtfertigt ist.

Erstmals nach 17 fetten Jahren hatten die Anstalten 1970 ihre Gebühren um 1,50 DM auf 8,50 DM pro Monat heraufgesetzt. Ab 1. 1. 1974 wollen sie 12 DM fordern (= 41 vH). Um Begründungen für die erneute drastische Gebührenerhöhung sind die Anstalten nicht verlegen. Sie projizieren Milliarden-Defizite als Folge steigender Sach-, Personal- und Investitionskosten und vor allem wegen steigender Mehranforderungen der Bundespost. Allein für 1975 wird ohne Gebührenerhöhung bei der ARD mit einem Defizit von einer Milliarde DM und beim ZDF mit einem Defizit von 300 Mill. DM gerechnet.

In Bonn wurde von den Ministerpräsidenten eine Arbeitsgruppe mit der Überprüfung der Gebührenforderungen beauftragt. Wenn auch noch nichts entschieden ist, so ist kaum noch daran zu zweifeln, daß die Fernsehzuschauer und Rundfunkhörer zur Kasse gebeten werden. Und auch das dürfte mit Sicherheit nicht das letzte Mal sein. Denn selbst bei einer Gebührenerhöhung um 3,50 DM werden — nach eigenen Angaben der Anstalten — die Rundfunkhaushalte schon wieder ab 1976 in den roten Zahlen stehen und spätestens für 1979 ist mit einer weiteren Gebührenerhöhung zu rechnen.

Nun sind Gebührenerhöhungen der bequemste Ausweg für die Rundfunkanstalten, aus ihrer Finanzklemme herauszukommen. Für den Fernsehzuschauer ist dies jedoch die teuerste Lösung. Das lehrt schon die Erfahrung der ersten Gebührenerhöhung im Jahre 1970. Sie hat weitaus weniger gehalten, als man sich von ihr versprochen hatte. Schon von daher ist eine gesunde Skepsis angezeigt.

Bei den neuerlichen Gebührenforderungen geht es nicht nur darum, lediglich inflationsbedingte Kostensteigerungen über Gebührenerhöhungen hereinzuholen, sondern es geht auch und in erster Linie darum, den Status eines überdimensionier-

ten Apparates aufrechtzuerhalten, der fast zwei Jahrzehnte aus dem Vollen schöpfen konnte. Steigende Teilnehmerzahlen von jährlich 6–10 vH und Kostensteigerungsraten von nur 3–5 vH sorgten für ein unbeschwertes Wachstum, frei vom Zwang zum wirtschaftlichen Denken und einfaltsreichem Improvisieren.

Die Situation hat sich für die Anstalten inzwischen in das Gegenteil verkehrt. Die Teilnehmerzuwachsrate sind nur noch gering, die Kosten dagegen nehmen gewaltig zu. Dieser völlig veränderten Ertrag-Kosten-Konstellation wird bei allen künftigen Gebührenerhöhungen größte Aufmerksamkeit zu schenken sein. Es muß heute den Anfängen gewehrt werden. Folgende Tatsachen sind nicht zu übersehen:

- Es gibt kein anderes Unternehmen mit staatlich garantiertem Monopol, das seine Einnahmen so genau im voraus berechnen kann, wie die Fernsehanstalten. Und es gibt kaum ein Monopolunternehmen, das in der Gestaltung seines Leistungsangebots so frei ist und so vielfältige Möglichkeiten hat.

- Es ist nicht einzusehen, daß die derzeitige Fernseh- und Hörfunkstruktur mit über 20 eigenständigen Programmen beibehalten werden muß. Gewiß ist dieses Problem nicht kurzfristig zu lösen, aber in der Vergangenheit wurde manches versäumt. So wurde Studio um Studio ohne entsprechende Koordination und Vorausschau gebaut, oft nur aus reinem Prestigedenken.

- Die Möglichkeiten von Einsparungen sind auch keineswegs ausgeschöpft, wie den Fernsehzuschauern und Rundfunkhörern immer wieder einzureden versucht wird.

Nun sollte man zumindest annehmen, daß bei so hohem Aufwand wenigstens keine Pannen passieren. Dem ist aber nicht so. So werden

(Fortsetzung auf Seite 10)

Angriffe auf die Selbständigkeit des Bundesrates

Namhafte Politiker der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen haben am Wochenende die Gegenvorschläge des Bundesrates gegen Teile des Steuerpaketes der Regierung zum Anlaß heftiger Angriffe gegen die selbständige Kontrollfunktion des Bundesrates genommen. Herbert Wehner forderte offen eine parteipolitische Gleichschaltung des Bundesrates. Worum geht es in Wirklichkeit? Friedrich Vogel, Vorsitzender des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nimmt Stellung:

Das Grundgesetz sichert den Ländern durch den Bundesrat ausdrücklich die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes. Echte Mitwirkung kann nicht darin bestehen, kritiklos zu guten und schlechten Vorlagen der Regierung ja zu sagen. Ein angesehenes Kommentarwerk zum Grundgesetz drückte dies – lange vor Amtsantritt der heutigen Bundesregierung – so aus:

„Lehnt der Bundesrat eine Vorlage ab, so zeigen sich nicht die Länder ‚wider-spenstig‘, sondern das eine Bundesorgan hat eine andere Auffassung als eine anderes Bundesorgan.“

(Fortsetzung von Seite 9)

millionenschwere Filme gedreht, die dann überhaupt nicht oder erst nach kostspieliger Überarbeitung gesendet werden dürfen.

Alle diese Fakten sollten den Fernsehzuschauern und Rundfunkhörern, bevor sie zur Kasse gebeten werden, interpretiert werden. Es bleibt nur zu hoffen und zu wünschen, daß die mit der Gebührenerhöhung befaßte Arbeitsgruppe diesen Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit zuwendet, um in der Gebührenfrage zu einem ausgewogenen Kompromiß zu gelangen.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß der Bundesregierung und der Regierungskoalition im Bundestag bereits eine starke verfassungsrechtliche Vormachtstellung eingeräumt ist. Zu den meisten Gesetzen des Bundes kann der Bundesrat im Ergebnis nur sozusagen beratend Stellung nehmen, d. h. sein Einspruch kann vom Bundestag überstimmt werden. Nur in wenigen Sachbereichen, die im besonderen Maße die Länder berühren, bedürfen Bundesgesetze der Zustimmung des Bundesrates, d. h. sein Veto kann nicht überstimmt werden; hierzu zählen vor allem Gesetze über Steuern, deren Aufkommen ganz oder teilweise den Ländern zusteht.

Warum genügt der heutigen Regierungsmehrheit ihre Vormachtstellung noch nicht? Der Bundesrat hat seit 1969 durch die Mitverabschiedung mehrere hundert Gesetzesvorlagen seine konstruktive Zusammenarbeit mit der Regierungsmehrheit unter Beweis gestellt. Seine Kritik an den Steuerbeschlüssen der Bundesregierung hat er sehr eingehend und sehr sachlich begründet und dabei Anliegen vertreten, die bisher auch von sozialdemokratisch regierten Ländern getragen wurden, z. B. die Forderung nach einer radikal vereinfachten Kraftfahrzeugsteuer sowie nach einer verfassungsgemäßen Rechtsform der sog. Stabilitätsabgabe. Wer solche sachliche Kritik ausschalten will, der will das ausgewogene Spiel und Gegen-spiel der politischen Kräfte ersetzen durch das sture Diktat der absoluten Mehrheit.

Gewinne für die Union in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen

Die Kommunalwahlen vom Wochenende haben für die Union ein erfreuliches Ergebnis erbracht. Natürlich läßt sich das Ergebnis der Kommunalwahlen in Teilen Westfalens und Niedersachsens nicht auf das Bundesgebiet hochrechnen. Die Probleme „vor Ort“ haben, wie die Durchsicht der vorliegenden Resultate verrät, mitunter kräftiger zu Buch geschlagen als die großen politischen Fragen (die allerdings — das sollte man nicht verschweigen — im Wahlkampf eine ganz beachtliche Rolle gespielt haben).

Waren diese Wahlen also auch kein Bundestest, so haben sie doch etwas von der politischen Stimmungslage zum Ausdruck gebracht, in der sich zwei Millionen Wähler vier Monate nach der Bundestagswahl befinden.

Nun, die CDU kann mit dieser ersten Prüfung nach dem 19. November zufrieden sein. Der große Erfolg ist ja nicht nur ein Vertrauensbeweis für die wirkungsvolle kommunalpolitische Arbeit, die sie geleistet hat. Er unterstreicht zugleich die gute Verfassung überhaupt, in der sich die Partei heute wieder präsentiert.

Es entbehrt nicht der Komik, daß der SPD-Minister Ehmke noch sechs Stunden vor der Schließung der Wahllokale im Deutschlandfunk die These verfocht, die CDU werde für lange Jahre zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt sein — und daß Herbert Wehner im gleichen Moment zur Attacke auf die CDU-Bastionen in den Bundesländern trommelte. Beide werden gut daran tun, die Überheblichkeit zu dämpfen, in die sie die Bundestagswahl offenbar getrieben hat. Denn das ist ja doch wohl die klarste Aussage dieser

Wochenendwahlen in Westfalen und Niedersachsen: daß die Bäume der SPD hierzulande nicht in den Himmel wachsen werden. So etwas wie Ernüchterung ist spürbar geworden.

Bremen

Konzentration auf Grundsatzfragen

Wie schon eine Woche zuvor, beherrschten auch diesmal Kontroverse Diskussionen die Parteitagsszene in Bremen. Allerdings tritt man weniger emotional miteinander. Das Strategiepapier der Jungen Union (vgl. auch UiD Nr. 12/73) konnte zwar wiederum nicht vollständig bis zum Schluß behandelt werden, aber die meisten Punkte wurden — im wesentlichen im Sinne des vorgelegten Antrags — entschieden.

Danach wird die Union aufgefordert, durch die Konzentration auf politische Grundsatzfragen vor allem auf dem Gebiet der Innen- und Gesellschaftspolitik ihre Anziehungskraft als soziale Volkspartei durch politische Aktionen ständig auszuweisen. Das Konzept der „humanen Gesellschaft“ müsse dem des sogenannten „demokratischen Sozialismus“ entgegengesetzt werden. Weiter soll die CDU verdeutlichen, daß Politik aus christlicher Verantwortung eine Verpflichtung bedeutet, abseits vom tagespolitischen Pragmatismus Partei für alle Gruppen der Gesellschaft, insbesondere für die Schwachen und die Minderheiten zu ergreifen.

Es wird ausdrücklich betont, daß das Berliner Programm und das Wahlprogramm der CDU/CSU „verpflichtender Rahmen unserer Politik“ bleiben. Gleichzeitig aber müsse die Union fortlaufend prüfen, ob neue Fragestellungen neue Antworten erforderten. Das gelte insbesondere

re für die Bereiche Eigentum, Steuern, berufliche Bildung, Mitbestimmung, soziale Dienste, Familie, Jugend und Medienpolitik.

An die Adresse der führenden Funktionsträger der CDU auf allen Ebenen wird der deutliche Hinweis gegeben, daß politische Führung sich nicht im Moderieren erschöpfen dürfe. In einer Partei mit notwendigen Neuerungen gegenüber oft ängstlichen Anhängern sei es Aufgabe der Führung, zukunftsweisende Konzeptionen in den eigenen Reihen mutig durchzusetzen.

Hinsichtlich der Fraktionsarbeit wird der CDU als Opposition empfohlen, sich nicht als verhinderte Regierung zu verstehen. Außerdem warnt das Papier davor, bei den jeweiligen Forderungen an die Regierung immer gleich den Realisierungsvorschlag mitzuliefern. Aufgaben der Fraktionen sei es, die ihr von der Partei aufgegebenen politische Programmatik Schritt für Schritt in die Tat umzusetzen.

Der Parteitag verabschiedete sozusagen „außerhalb der Reihe“ — noch einige Einzelanträge. So sprach er die Erwartung aus, daß der Beschluß der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers vom 28. Januar 1972 mit Entschiedenheit durchgeführt werde. Der Antragsteller, Dr. Cassens, hob hervor, daß dieser Beschluß weder rechtlich noch politisch einer Revision bedürfe.

Schließlich lehnten die Delegierten auf Antrag des Landesvorsitzenden Müller-Hermann und des Fraktionsvorsitzenden Klein Preiserhöhungen der Stadtwerke und der Straßenbahnen ab, die vom Bremer SPD-Senat für die nächste Zeit vorgesehen sind.

Der nächste ordentliche Parteitag der Bremer CDU findet Mitte Mai statt. Auf ihm werden

(Fortsetzung auf Seite 27)

Stichwort: Währungsbegriffe

Im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Verhandlungen und Diskussionen um das Weltwährungssystem tauchen immer wieder Begriffe auf, die zum Verständnis des Geschehens wichtig sind.

Bretton Woods

Ein Städtchen in den USA, wo sich 1944 zahlreiche Staaten trafen, um über eine Liberalisierung des internationalen Handelsverkehrs zu beraten. Ziel dieser Beratungen waren stabile Wechselkurse, internationale Austauschbarkeit der Währungen und Bereitstellung von Zahlungsmitteln, falls diese von einzelnen Ländern benötigt werden, um ihre Zahlungsbilanz auszugleichen und damit ihre Währung gegenüber anderen Ländern stabil zu halten.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Auf der Konferenz von Bretton Woods gegründet ist eine Art Hilfs- und Unterstützungskasse der westlichen Welt. 124 Länder haben sich darin bis heute zusammengeschlossen und verpflichtet, sich bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten gegenseitig zu helfen. Aus einer gemeinsamen Kasse, in die jedes Mitglied eine bestimmte Summe (in Gold und Landeswährung) einzahlt, kann der Währungsfonds Stützungskredite gewähren.

Konvertibilität

In Bretton Woods wurde auch das bisherige westliche Währungssystem ausgearbeitet. Es stützte sich auf das Gold und den amerikanischen Dollar. Der „Golddollar“ wurde zum Maßstab des Systems. Der Wert aller Währungen wurde in Dollars ausgedrückt. Der Wert des Dollars in Gold. Die USA verpflichteten sich, jederzeit Dollars ausländischer Zentralbanken in Gold umzutauschen. Mit dieser Garantie, dieser unbeschränkten „Konvertibilität“, war der Dollar bis zum 15. August 1971 „so gut wie Gold“. An diesem Tage allerdings hatte US-Präsident Richard Nixon die Umtausch-Verpflichtung von Dollars in Gold aufgekündigt und dem bis dahin im wesentlichen funktionierenden System von Bretton Woods den Boden entzogen.

Zehnerclub

Die 124 Mitgliedsländer des Internationalen Währungsfonds waren zu viele, um bei auftretenden Währungsschwierigkeiten schnell eingreifen zu können. Daher bildeten die wirtschaftsstärksten Industrienationen des Westens ohne feste

Organisation den „Zehnerclub“ als eine Art internationale Feuerwehr zu gegenseitigen Währungsstützung. Ihm gehören die USA, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, Belgien und Schweden an. Er pflegte meist in der Schweiz zu tagen, und daher gehört dieses Land als Beobachter dazu. Wenn jetzt von dem „erweiterten Zehnerclub“ die Rede ist, dann sind auch die übrigen Mitglieder der europäischen Gemeinschaft – Dänemark, Irland und Luxemburg – einbezogen. – Als der IWF im vergangenen Jahr beschloß, eine neue Weltwährungsordnung auszuarbeiten, meldeten die Entwicklungsländer ihre Ansprüche auf eine Beteiligung an. Für diesen Zweck wurde daher die „Zwanzigergruppe“ geschaffen, der neben den Staaten des „Zehnerklubs“ Australien sowie jeweils drei Entwicklungsländer aus Asien, Afrika und Lateinamerika angehören.

Euro-Dollar-Markt

Der sogenannte Euro-Dollar-Markt entstand in den 50er Jahren aus Dollar-Guthaben der europäischen Länder aber auch arabischer Ölscheichtümer. Darunter sind jene Dollar zu verstehen, die von außerhalb der Vereinigten Staaten befindlichen Banken erworben und dann als Kredite entweder unmittelbar in Dollar oder – nach Umtausch – in anderer Valuta verwendet werden. Sein Umfang wird auf etwa 80 Milliarden Dollar geschätzt und hat sich zu einer Art „monetärer Nebenregierung“ entwickelt. Er entstand hauptsächlich aus den jahrelangen Zahlungsbilanzdefiziten der USA, dadurch, daß mehr Dollar aus den Vereinigten Staaten in aller Welt abfließen als wieder hereinströmten.

Bandbreiten

Die Unsicherheit auf den Währungsmärkten, die nach der Aufhebung der Umtauschbarkeit des Dollar in Gold entstanden war, führte dazu, daß im Dezember 1971 im sogenannten „Smithonian-Abkommen“ festgelegt wurde, daß der Kurs einer Währung nur um 4,5 Prozent, also innerhalb enger Grenzen, schwanken darf. Die obere und untere Grenze sind die sogenannten Interventionspunkte, an denen die Zentralbanken der einzelnen Länder durch An- und Verkäufe fremder Währung den Kurs der eigenen Währung stabil halten müssen. Dieses System brachte zwar eine stabile Preisordnung in den Welthandel, ließ jedoch das Verhältnis zwischen den einzelnen Währungen immer mehr ins Ungleichgewicht geraten und förderte damit die Spekulation auf solche Währungen, die zwangs-

(Fortsetzung von Seite 25)

die restlichen vorliegenden Anträge behandelt werden, soweit diese nicht an andere Gremien überwiesen worden sind.

Niedersachsen

Jahn in Braunschweig wiedergewählt

Es gelte, bei der Landtagswahl 1974 in Niedersachsen eine absolute Mehrheit der SPD zu verhindern, sagte der niedersächsische CDU-Landesvorsitzende Wilfried Hasselein bei seinem Grußwort auf dem Parteitag des Landesverbandes Braunschweig in Vienenburg. Die Mitgliederzahlen der Union in Nie-

dersachsen seien auch nach der Bundestagswahl so stark gestiegen, daß zum Jahresende voraussichtlich die 60 000 überschritten würden. Gemeinsam mit der FDP müsse es möglich sein, eine vollständige Machtergreifung des Sozialismus in Niedersachsen abzuwenden.

Der Parteitag ließ erkennen, daß der Schock der verlorenen Bundestagswahl 1972 der CDU nicht nur neue Mitglieder zugeführt, sondern offensichtlich an der „Basis“ auch Kräfte in Bewegung gesetzt hat, die auf eine Aktivierung und Straffung der Parteiarbeit auf vielen Gebieten hinarbeitet. Der Landesvorsitzende Dr. Hans Edgar Jahn, der mit 166 der 243 anwesenden Delegiertenstimmen bei 59 „Nein“

und 17 Enthaltungen für die nächsten beiden Jahre wiedergewählt wurde, konnte nicht persönlich erscheinen, weil er nach einem Überfall durch zwei Algerier in Straßburg Verletzungen erlitten hatte, die ihn am Erscheinen hinderten. In seinem schriftlich vorliegenden Referat warf er der Regierung leichtfertiges Verhandeln über den Grundvertrag vor. Im kleinen Grenzverkehr müßten mehr Übergänge als vorgesehen geschaffen werden, damit nicht nur Freunde und Bekannte, sondern auch Landräte, Kommunalvertreter, Sportler und Jugend beiderseits der Grenze sich unbehindert begegnen könnten.

In diese Richtung zielten auch Anträge der Kreisverbände Goslar und Wolfenbüttel, am Nord-

läufig aus diesem System auszubrechen drohen. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft haben in ihrem Bestreben, ihre Wirtschaft zu harmonisieren, unter sich diese Bandbreite auf 2,5 Prozent eingeeengt, so daß sie sich wie eine Schlange (enge Bandbreiten) innerhalb eines Tunnels (weltweite Bandbreiten) bewegen.

Floating

Werden die genannten Bandbreiten nicht mehr eingehalten und fällt damit die Interventionspflicht der Zentralbank weg, dann spricht man vom Floaten. Es ist dies eine Notlösung für den Fall, daß die Notenbank eine ausländische Währung durch zu starke Aufkäufe stützen muß und damit den Geldumlauf im eigenen Lande inflationstreibend vermehren müßte. Wenn trotz der Freigabe einer Währung eine Zentralbank bereit ist, bei einem vorher nicht bekannten Kursstand durch Kauf oder Verkauf einzugreifen, spricht man in Fachkreisen von „schmutzigem Floating“. Wenn mehrere Länder gemeinsam in enger Bandbreite gegenüber den übrigen Währungen floaten, so spricht man vom „Blockfloating“.

Sonderziehungsrechte

Die Sonderziehungsrechte (SZR) sind eine Art Kunstgeld oder „Papiergold“, das der IWF 1969

als zusätzliche Kreditmöglichkeit für seine Mitglieder ins Leben rief. Sie wurden geschaffen, weil mit der starken Wirtschaftsexpansion in der westlichen Welt die traditionellen Reservewährungen immer knapper geworden waren. Jedes Mitgliedsland, daß beim Fonds die Zuteilung von SZR's beantragt, kann damit von einem anderen Land Devisen – etwa zur Stützung seiner Zahlungsbilanz – ausborgen. Da die SZR's nur unter Notenbanken gehandelt werden, und damit gegenüber Währungsspekulationen und -Krisen unanfälliger sind, sind sie immer mehr als Nachfolger des Goldes als zentrale Reserveeinheit in einem neuen Währungssystem im Gespräch. Aus diesem Grunde hat auch die Bundesrepublik bei der vom 19. März 1973 an geltenden Aufwertung der D-Mark um drei Prozent diese Aufwertung an die Sonderziehungsrechte und nicht mehr an den Dollar gebunden.

Swap

Dieser Begriff aus dem sogenannten Devisen-Terminhandel, bei dem Devisen beispielsweise bar verkauft und gleichzeitig auf Termin wieder zurückgekauft werden, wird im Laufe der neuesten Entwicklung gegenseitiger Währungsstützung angewendet, wenn sich jetzt Notenbanken als Beistandsmaßnahme kurzfristig (in der Regel drei Monate, aber mit Verlängerungsmöglichkeit bis zu einem Jahr) gegenseitig Devisen leihen.

■ Länder

harzrand einen weiteren Grenzübergang bei Bad Harzburg-Eckertal einzurichten, weil die Übergänge bei Helmstedt und Duderstadt für einen normalen kleinen Grenzverkehr nicht ausreichen. Die Entfernungen zwischen ihnen seien zu groß, um in angemessener Zeit in die Orte auf der anderen Seite gelangen zu können. Dadurch werde der dicht besiedelte Nordharzraum besonders benachteiligt, zumal Helmstedt bereits durch den Berlin-Verkehr und den Fernverkehr stark ausgelastet sei.

Neben den Anträgen des Landesvorstandes für familien- und sozialpolitische Verbesserungen im Steuerrecht, für die Schaffung eines niedersächsischen Kindergartengesetzes wurde u. a. ein klares Nein der CDU zum Grundvertrag und entschlossene Schritte der Bundesregierung gegen die neue Abgrenzungspolitik der DDR gefordert.

Eine teilweise heftige Diskussion löste in einem Bündel von Anträgen der Jungen Union zur Sozial- und Kommunalpolitik vor allem ein Antrag zur Mitbestimmung aus, der zwar die Stärkung des einzelnen Arbeitnehmers am Arbeits und im Betrieb sowie ein Unternehmensrecht auf der Grundlage des Berichtes der Biedenkopf-Kommission forderte, sich gleichzeitig jedoch „bei Unternehmen von erheblicher gesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Bedeutung“ für eine „gleichwertige Vertretung von Kapitel und Arbeit in deren Führungsorganen“ aussprach. Er wurde schließlich ebenso wie ein JU-Antrag zur Bildungspolitik den zuständigen Ausschüssen als Diskussionsmaterial zugewiesen.

■ Personalien

Dr. Herbert Hupka MdB wurde auf der außerordentlichen Landesdelegiertentagung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU-Rheinland zum Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Konrad Paetz, war aus persönlichen Gründen zurückgetreten.

Heinrich Köppler, Vorsitzender der CDU in Nordrhein:Westfalen, deutete den Erfolg bei den Teilkommunalwahlen am letzten Wochenende als das Ergebnis „einer zielstrebigen, von guten Leuten betriebenen Kommunalpolitik“.

Wilfried Hasselmann, niedersächsischer CDU-Vorsitzender, hat das Ergebnis der Teilkommunalwahlen als „deutliches Zeichen der Anerkennung für das starke kommunal-politische Engagement der CDU“ gewertet.

Dr. Alfred Dregger MdB und hessischer CDU-Vorsitzender hat eine wirksame Hilfe für die Presse und das Verlagswesen auf den Gebieten des Steuerrechts sowie des Gebührenwesens der Bundespost gefordert.

Dr. Gerhard Stoltenberg, CDU-Vorsitzender und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, vertrat die Ansicht, daß sich die Anzeichen für geplante Steuererhöhungen der Bundesregierung mehrten. Die Bundesregierung müsse daher offen sagen, welche Steuerpolitik sie in dieser Wahlperiode verwirklichen wolle.

■ Termine

1. 4.	JU — Bund	Bundesvorstand	Bonn
2. 4.	CDU — Bund	Bundesausschuß	Bonn
2. 4.	CDU — Bund	Präsidium	Bonn
2. 4.	CDU — Bund	Bundesvorstand	Bonn
3. 4.	Mittelstandsvereinigung — Bund	Ad-hoc-Kommission „Vermögensbildung“	Bonn
3. 4.	CDU — Bund	Kommission Bodenrecht	Bonn
3. 4.	LV Schleswig-Holstein	Landesfachausschuß „Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung“ Arbeitskreis „Neue Wohnformen“	Kiel
4. 4.	CDU — Bund	Bundesausschuß für Sozialpolitik	Bonn
5. 4.	LV Saar Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung	Sitzung	Saarbrücken
6. 4.	LV Westfalen-Lippe Mittelstandsvereinigung	Bezirksdelegiertentagung Arbeitsgemeinschaft „Industriegebiet“	Castrop-Rauxel
6. 4.	LV Westfalen-Lippe Mittelstandsvereinigung	Landesvorstand	Castrop-Rauxel
6. 4.	LV Rheinland-Pfalz KPV	Landestag	Mainz
6./7. 4.	LV Berlin	Landesparteitag	Berlin
7./8. 4.	CDU Niedersachsen Sozialausschüsse	Landestagung	Salzgitter

UID

Verlag: Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2200 40.
Verlagsleitung: Peter Mühlenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn, Nr. 1124 932. Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich DM 6,—, Einzelpreis DM 0,50. Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn